

## Protokoll Nr. 21 (2015-2019)

### der öffentlichen Sitzung des Beirates Schwachhausen am 01.06.2017 in der Aula der Grundschule Freiligrathstraße

Beginn: 19:30 Uhr                      Ende: 21:40 Uhr

Anwesend waren:

- |                |   |  |
|----------------|---|--|
| a) vom Beirat  | Frau Baasen<br>Frau Dumas<br>Herr Fischer<br>Herr Hasselmann<br>Herr Pastoor<br>Frau Schneider<br>Herr Thieme<br>Herr Wundersee | Frau Chaudhuri<br>Frau Eickelberg<br>Herr Golinski<br>Herr Kostka<br>Frau Schmidt<br>Herr Dr. Schober<br>Herr Dr. Volkmann |
| b) vom Ortsamt | Frau Dr. Mathes<br>Herr Berger  |  |
| c) Gäste       | Herr Bellmann, Herr Vogel (Polizeirevier Schwachhausen)<br>Herr Möller (Polizeiinspektion Ost)                                  |  |

Die vorgelegte Tagesordnung wird genehmigt.

Das Protokoll der Beiratssitzung Nr. 20 am 27.04.2017 wird ebenfalls genehmigt.

### **TOP 1: Bürgeranträge, Wünsche, Anregungen und Mitteilungen in Stadtteilangelegenheiten**

#### Mitteilungen aus der Bevölkerung

Frau Baasen problematisiert, dass in der Franz-Liszt-Straße in Folge der Straßensperrungen Am Stern von Kfz vielfach gegen die Einbahnstraße gefahren werde. Da dort auch ein Schulweg verlaufe, sollte dringend Abhilfe geschaffen werden.

Herr Bellmann erwidert, dass der Sachverhalt dem Revier bereits bekannt sei. Soweit es dem Revier personell möglich sei, werde die Örtlichkeit überwacht. Das Amt für Straßen und Verkehr (ASV) habe die zeitweise Aufhebung der Einbahnstraßenregelung abgelehnt; für Beidrichungsverkehr sei die Fahrbahnbreite zu gering. Das Revier werde sich nochmals an das ASV wenden, um eine zeitweise Umkehrung der Fahrtrichtung zu erreichen.

#### Mitteilungen aus dem Beirat

Herr Thieme erkundigt sich nach den noch ausstehenden Baumnachpflanzungen an der H.-H.-Meier-Allee auf Höhe der Emmawiese.<sup>1</sup>

Frau Dr. Mathes stellt hierzu fest, dass alle zugesagten Baumnachpflanzungen bereits erfolgt seien.

Herr Pastoor weist darauf hin, dass die diesjährige Sommerholzwerkstatt am 22.06. beginnen und am 03.08.2017 enden werde.

#### Mitteilungen der Beiratssprecherin

Frau Schneider teilt mit, dass sie und Herr Heck in Vertretung des Beirats nach Rücksprache mit dem beauftragten Rechtsanwalt die Normenkontrollklage beim Staatsgerichtshof zurückgezogen hätten. Es sei die Absicht des Beirats gewesen, klären zu lassen, ob es sich bei den

---

<sup>1</sup> Auf der Emmawiese und an der H.-H.-Meier-Allee wurden im Rahmen einer Kanalsanierung durch die hanseWasser Bremen GmbH 2016 mehrere Bäume gefällt. Zum genaueren Sachverhalt siehe im Protokoll der Fachausschusssitzung „Energie, Umwelt und Stadtentwicklung“ am 11.10.2016 unter [Protokoll Nr. 6 \(pdf, 298.9 KB\)](#) in der Anlage [Geplante Fällungen und Nachpflanzungen auf der Emmawiese \(pdf, 895.2 KB\)](#).

Beiräten um Bezirksvertretungen im Sinne von Art. 145 Abs. 2 der Bremer Landesverfassung handele. Die Klage sei am 05.12.2016 eingereicht und begründet worden. Der Bremer Senat und die Bremische Bürgerschaft hätten in ausführlichen Stellungnahmen die Klagebefugnis des Beirats bestritten. Der Staatsgerichtshof habe ebenfalls erhebliche Zweifel an der Klagebefugnis des Beirats geäußert.<sup>2</sup>

Die gestrige Beirätekonferenz habe sich dafür ausgesprochen, die bisher gesetzte Frist für die Beiräte, um zur geplanten Novellierung der Bremischen Landesbauordnung Stellung zu nehmen (30.06.2017), um drei Monate zu verlängern. Der Beschluss der Beirätekonferenz werde von der Senatskanzlei dem Senator für Umwelt, Bau und Verkehr übermittelt.

#### Mitteilungen aus dem Ortsamt

Frau Dr. Mathes berichtet, dass der Fachausschuss „Globalmittel und Koordinierung“ beschlossen habe, dass Globalmittelanträge für die zweite Vergaberunde 2017 bis 30.09.2017 eingereicht werden müssen. Die Vergabe werde abschließend auf der Beiratssitzung am 26.10.2017 beschlossen. Der Beirat könne noch über Restmittel von etwa € 30.000 verfügen.

Weiter teilt Frau Dr. Mathes mit, dass das Beiratsmitglied Johann von Cossel zum 31.05.2017 sein Mandat niedergelt habe, um sich anderen ehrenamtlichen Tätigkeiten zu widmen. Herr Dr. Volkmann ergänzt, dass sich Herr von Cossel noch persönlich verabschieden werde.

Der Senator für Justiz und Verfassung habe die Beratungsanfrage des Beirats zum Stadtteilbezug der geplanten Sanierungsmaßnahme Bürgermeister-Spitta-Allee beantwortet.<sup>3</sup> Die Antwort sei bereits allen Beiratsmitgliedern zugegangen und lasse sich dahingehend zusammenfassen, dass ein Stadtteilbezug nicht gegeben sei. Als weitere Maßnahme zur Klärung des Sachverhalts stehe dem Beirat nun noch die Klage vor dem Verwaltungsgericht offen.

### **TOP 2: Kriminalitätsentwicklung 2016**

Herr Bellmann stellt an Hand einer Präsentation die Kriminalitätsstatistik für das Jahr 2016 in Schwachhauswen vor.<sup>4</sup>

Auf Nachfragen erwidern er, Herr Möller und Herr Vogel:

- Die Aufklärung von Kfz-Aufbrüchen sei sehr personalintensiv und der Überwachungsdruck gesunken. Zum Teil handele es sich um „reisende Täter“, für deren Ergreifung die Polizei ihre länderübergreifende Zusammenarbeit verbessern müsse.  
Die Kfz-Hersteller unternähmen noch zu wenig, um Einbrüche zu erschweren, bspw. könnten bislang entwendete Autoteile nicht dem betroffenen Fahrzeug zugeordnet werden.  
Im Kfz zurückgelassene Jacken, Laptops und Laptop-Taschen bildeten einen Anreiz, um Kfz aufzubrechen. Die im Ortsteil Bürgerpark vergleichsweise hohen Delikt-Zahlen ständen in Zusammenhang mit den dortigen Hotels und deren Parkflächen. Die Polizei arbeite bereits mit den Hotels zusammen, um über Hinweisschilder und Flyer an die Gäste eine höhere Sensibilisierung zu erreichen;
- die Zahl der Wohnungseinbrüche sei rückläufig, weil die Polizei sich verstärkt um dieses Delikt kümmere. Die Aufklärung der Wohnungseigentümer/innen über Präventionsmaßnahmen zeige Wirkung; bei vielen verzeichneten Delikten handele es sich um versuchte Einbrüche;
- die erhöhten Zahlen entwendeter Fahrräder im Ortsteil Barkhof ständen in Zusammenhang mit dem dortigen Flohmarkt. Die Polizei rate dazu, Fahrräder mit guten Schlössern zu versehen und nicht leicht zugänglich zu verwahren.

Der Beirat nimmt von den Ausführungen Kenntnis.

### **TOP 3: Polizeistrukturreform**

<sup>2</sup> Der Beschluss des Staatsgerichtshofs vom 13.04.2017 ist als **Anlage 1** diesem Protokoll angefügt. Zum Sachverhalt siehe im Protokoll der Beiratssitzung am 24.11.2016, TOP 5, unter [Protokoll Nr. 16 \(pdf, 65.6 KB\)](#) sowie in der Anlage 4 [Antrag Grüne Bezirksvertretung \(pdf, 8 KB\)](#).

<sup>3</sup> Die Mitteilung aus dem Haus des Senators für Justiz und Verfassung zur Anfrage des Beirats ist als **Anlage 2** diesem Protokoll angefügt. Zum Sachverhalt siehe das Protokoll der Beiratssitzung am 27.04.2017, TOP 5, und die dortige Anlage 3 unter [Beratungsanfrage Justizsenator \(pdf, 24.2 KB\)](#).

<sup>4</sup> Die Präsentation ist als **Anlage 3** diesem Protokoll angefügt.

An Hand einer Präsentation stellt Herr Möller die geplante Strukturreform vor.<sup>5</sup> Mit ihr sollen die vorhandenen personellen Kräfte gebündelt (Schwerpunktkräfte) und die Kriminalität effektiver bekämpft werden. Ziel sei es, bis etwa 2019 die politisch zugesagte Personalstärke von 2.600 Vollzeit-Stellen zu erreichen. Letztlich sei aber auch diese Personalstärke nicht ausreichend, um allen alten und neuen Aufgaben gerecht zu werden.

Auf Nachfragen erwidert Herr Möller wie folgt:

- Die Strukturreform benötige Zeit. Es handele sich um eine „große Planungsaufgabe“, die die Polizei innerhalb des verfügbaren Zeitrahmens planen und umsetzen müsse. Die Inhalte der Reform werde die Polizei rechtzeitig kommunizieren, ältere Menschen würden dabei v.a. über die Kontaktbeamten und die Streifenwagenbesatzungen erreicht. Selbstverständlich werde die Reform evaluiert. Ähnliche Strukturen wie sie Bremen nun anstrebe beständen bereits in vergleichbaren Regionen der Bundesrepublik. Ziel sei es u.a., bei gemeldeten Vorfällen der Kategorie 1 innerhalb von acht Minuten vor Ort zu sein und bei Vorfällen der Kategorie 2 innerhalb von 30 Minuten;<sup>6</sup>
- der Brandanschlag auf das Polizeirevier Schwachhausen sei inzwischen aufgeklärt;
- die angestrebte Zahl von 2.600 Vollzeitstellen umfasse alle Kräfte der Bremer Polizei;
- bei psychisch Erkrankten werde die Polizei nur in akuten Notfällen tätig, soweit die Einrichtungen der Senatorin für Soziales nicht zur Verfügung ständen;
- die Polizei sei bestrebt, Vorsorge für personelle Ausfälle zu schaffen. Die Bündelung des vorhandenen Personals solle zu einer höheren Flexibilität führen und gleichzeitig die Möglichkeit schaffen, auch auf neue Phänomene reagieren zu können. Bei größerem Personalbedarf wende sich Bremen auch jetzt schon für Unterstützung an den Bund und die benachbarten Bundesländer. Ermittlungsgruppen seien bereits überregional tätig;
- die Strukturreform werde nicht dazu führen, dass die aufgelaufenen Überstunden bei der Polizei abgebaut werden könnten. Die Reform setze auch voraus, dass kontinuierlich eine hohe Einstellungszahl erreicht werde;
- der Polizei ständen eigentlich zu wenige Räumlichkeiten zur Verfügung. Dies könne dazu führen, dass am Revier Schwachhausen zukünftig auch Personen arbeiteten, die nicht standortgebunden seien;
- die Ausbildung der neuen Beamt/innen werde ständig an die Erkenntnisse aus der Praxis angepasst;
- konkret bedeute die Reform für die Menschen in Schwachhausen, dass am Schwachhauser Revier keine Anzeigen mehr aufgenommen werden können und dass sich die tägliche Sprechzeit auf zwei Stunden verringern werde. Die Kontaktbeamten (KOPs) und die Streifenwagen würden wie bisher im Einsatz sein. Bereits jetzt würden die meisten Polizeieinsätze in Schwachhausen über das Revier in der Vahr bedient;
- die Polizei versuche, auch ihre Ausstattung zu verbessern. Allerdings seien dem angesichts der angespannten Haushaltslage Grenzen gesetzt;
- in der Tat müssten die Beamt/innen viel Schreibarbeit leisten, ausgewiesene Schreibkräfte ständen aber nicht zur Verfügung. Herr Bellmann ergänzt, dass es auch nicht sinnvoll wäre, die Schreibtätigkeit der Beamt/innen an Schreibkräfte abzugeben, weil damit ein erheblicher Aufwand verbunden wäre, alle wichtigen Informationen zu übermitteln.

Frau Dr. Mathes stellt zusammenfassend fest, dass die vorgesehene Polizeistrukturereform – wie vom Beirat gefordert – beinhalte, dass die vorhandenen Stellen der Kontaktbeamten erhalten blieben.

Der Beirat nimmt von den Ausführungen Kenntnis.

---

<sup>5</sup> Die Präsentation ist als **Anlage 4** diesem Protokoll angefügt.

<sup>6</sup> In die Kategorie 1 fallen alle Vorfälle, die ein sofortiges Erscheinen der Polizei nötig machen, bspw. wenn Täter noch vor Ort sind.

#### **TOP 4: Antrag: Erhöhung der Verkehrssicherheit für Querende der Wachmannstraße in Höhe Carl-Schurz-Straße**

Herr Pastoor stellt den interfraktionell abgestimmten Antrag vor.<sup>7</sup> Er verweist darauf, dass die vom ASV in der Planungskonferenz am 26.01.2017 vorgebrachte Einschätzung, dass die provisorische Lichtsignalanlage (LSA) in der Wachmannstraße angesichts der hohen Zahl von Radfahrer/innen, die das Rotlicht ignoriere, „eine Scheinsicherheit suggeriere“ und deshalb nicht verstetigt werden sollte, vom Beirat nicht geteilt werde.<sup>8</sup> Diese LSA sei insbesondere für die Schüler/innen der benachbarten Grundschule wichtig. Kontrollen sollten deshalb v.a. vor Schulbeginn und nach Schulende stattfinden.

Herr Dr. Volkmann fügt hinzu, dass sich der Beirat neben verstärkten Kontrollen auch für eine Verstetigung der LSA einsetzen werde (siehe hierzu TOP 5).

Eine Anwohnerin bestätigt, dass die LSA für die Anwohner/innen wichtig sei und insbesondere ältere Menschen hilflos seien, wenn sich die Radfahrer/innen nicht an das Rotlicht hielten.

Herr Bellmann stellt fest, dass das Polizeirevier allenfalls stichprobenartig kontrollieren könne. Herr Vogel ergänzt, dass Kontrollen durch Einzelpersonen, bspw. durch einen KOP, nicht effektiv seien.

Auf Nachfrage von Frau Dr. Mathes beschließt der Beirat den vorgestellten Antrag einstimmig.

#### **TOP 5: Stadtteilbudget Verkehr: Maßnahmen zur Prüfung und Kostenschätzung**

Frau Dr. Mathes berichtet, dass sich der Fachausschuss Verkehr mehrfach mit dem Stadtteilbudget befasst habe und schließlich übereingekommen sei, zunächst die drei Vorhaben, über die bereits Konsens bestehe, dem ASV zur Prüfung und Kostenschätzung vorzulegen. Der Auftrag an das ASV liege dem Beirat als Tischvorlage vor; Frau Dr. Mathes stellt ihn kurz vor.<sup>9</sup> Das ASV müsse nun die Umsetzbarkeit prüfen und die voraussichtlich entstehenden Kosten ermitteln. Nach Vorliegen der Ergebnisse müsste dann der Beirat erneut entscheiden, ob er die Maßnahmen umsetzen lassen möchte.

Der Beirat stimmt dem vorliegenden Auftrag an das ASV einstimmig zu.

#### **TOP 6: Verschiedenes**

Frau Dr. Mathes weist darauf hin, dass die Sitzung am 22.06.2017 im Saal der Ev. St. Ansgarii-Gemeinde stattfinden werde.

Sprecherin	Vorsitzende	Protokoll
Schneider	Dr. Mathes	Berger

---

<sup>7</sup> Der Antrag ist als **Anlage 5** diesem Protokoll angefügt.

<sup>8</sup> Näheres zur Planungskonferenz am 26.01.2017 unter [Protokoll Nr. 1 \(pdf, 217.8 KB\)](#) sowie in Anlage 5 [LSA Wachmannstraße \(pdf, 191.8 KB\)](#).

<sup>9</sup> Der Prüfungsauftrag für das Amt für Straßen und Verkehr (ASV) ist als **Anlage 6** diesem Protokoll angefügt.